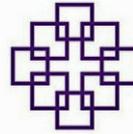




Evangelisches Dekanat
Büdingen Land



Regionalbauernverband
Wetterau-Frankfurt a. M. e.V.



Katholische Kirche
in der Wetterau



Erklärung von Landwirtschafts-, Umweltverbänden und Kirchen in der Wetterau zum Bodenschutz

"Stoppt den dramatischen Flächenverbrauch und Landschaftszerstörung durch Bauflächen und Straßenbau"!

Am 11. Juni wird der "Tag des Wetterauer Bodens" in Wölfersheim-Berstadt begangen. Er soll die Menschen dazu anregen, sich über die Folgen ihres Konsumverhaltens Gedanken zu machen und nachhaltig und verantwortungsbewusst zu handeln.

Dies nehmen die Unterzeichner zum Anlass für folgende Erklärung:

Die Wetterau gehört zu den Regionen in Mitteleuropa mit dem höchsten Potenzial für die Lebensmittelproduktion. Dies stellt gleichzeitig die Chance dar, langfristig gute Erträge zu erwirtschaften, und eine Verpflichtung, diese hochwertigen Böden zu bewahren. Es wird von immer mehr Verbraucherinnen und Verbrauchern auch gewünscht, dass ihre Lebensmittel nachvollziehbar in der Nähe erzeugt werden. Aber unsere Kulturlandschaften werden durch immer mehr Bauprojekte bedroht. In Deutschland sind es immer noch 74 ha und in Hessen 3,5 ha pro Tag. Nach Angaben des Statistischen Landesamts hat die landwirtschaftliche Nutzfläche im Kreisgebiet von 1991 bis 2015 um 2.400 ha abgenommen, was mit 1.800 ha auf den Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen zurückzuführen ist. Das ist Boden in einer Größenordnung von 2.500 Fußballplätzen (bei durchschnittlich 7.200 qm pro Platz) oder eine Fläche von 166 Fußballplätzen pro Jahr, die unwiederbringlich verloren gegangen sind. Gleichzeitig wird immer mehr von den landwirtschaftlichen Böden erwartet: Alle wollen regionale Lebensmittel, immer mehr davon biologisch, also auf eine Art erzeugt, die mehr Fläche braucht als Intensivlandwirtschaft. Das alles geht nicht auf Asphalt und Beton!

Wir wollen, dass der einmalige Verbrauch und damit die endgültige Zerstörung unserer wertvollen Ackerböden und Landschaften aufhört.

Böden sind nicht vermehrbar und nicht „wiederherstellbar“.

Sie sind ein besonders hochwertiges Schutzgut. Das bedeutet, wenn überhaupt noch Boden überbaut wird, hat Flächenrecycling Vorrang oder es muss an anderer Stelle entsiegelt werden.

Vom Wetteraukreis und den übergeordneten Gremien, Regionalverband Rhein-Main, Regionalversammlung Südhessen (Regierungspräsidium) sowie dem Land Hessen erwarten wir eine Wende in der Genehmigungs- politik. Das Gegenteil ist leider der Fall.

In den vergangenen zwei Jahren wurden große Flächen vor allem durch Logistikzentren und Umgehungs- straßen neu versiegelt und großzügige Baugebiete geplant, letztere allerdings in einer Form und Dichte, die unverhältnismäßig wenig bezahlbaren Wohnraum schafft. Vielmehr müssen künftige Wohnprojekte bevor- zugt innerhalb der Dörfer und Städte realisiert und dadurch der Flächenverbrauch minimiert werden. Der Regionale Flächennutzungsplan in seiner jetzigen Form darf nicht weiter aufgeweicht werden.

Das jüngste Beispiel einer nicht nachhaltigen Ansiedlungspolitik ist das von REWE mit Unterstützung der Gemeinde Wölfersheim geplante Logistikzentrum. Hierdurch werden wiederum über 30 ha der besten Ackerböden der Wetterau betoniert. Allein das sind weitere 40 Fußballplätze. Zusammen mit weiteren zehn ha Gewerbegebiet an gleicher Stelle übertrifft das die Fläche des Wölfersheimer Sees, des größten Sees der Wetterau. Ähnliches wird in Rosbach-Rodheim und an anderen Orten geplant.

Wir Unterzeichner wollen ein anderes Wachstum: Mehr Qualität als Quantität, kürzere Wege und kleinere, regionale Wirtschaftskreisläufe.

Wir wollen nicht, dass Wohnen, Gewerbe und Transport sich immer mehr auf Frankfurt, das engere Rhein-Main-Gebiet und den westlichen Teil der Wetterau konzentrieren und dort die Umweltprobleme verstärken, wenn gleichzeitig die ländlichen Räume in Nord- und Osthessen verarmen, in denen immer mehr Wohnraum leer steht.

Wir appellieren an die Grundeigentümer, ihre Flächen für solche Projekte nicht mehr zu verkaufen und sich "Umlegungsverfahren" gerichtlich zu widersetzen.

Wir fordern Kommunal- und Landespolitiker und die in der Wirtschaft Verantwortlichen auf, ihre Entscheidungen zu überdenken und nach anderen Lösungen zu suchen als immer und immer wieder Boden, Natur, Landwirtschaft und damit auch die ländlichen Räume für ihre Projekte zu opfern.

.....
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Wetterau - Jörg Weber

.....
BUND Kreisverband - Jürgen Hutfiels

.....
Bürger für regionale Landwirtschaft und Ernährung e.V.

.....
Evangelisches Dekanat Büdinger Land - Dekanin Sabine Bertram-Schäfer

.....
Evangelisches Dekanat Wetterau - Dekan Volkhard Guth

.....
Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V.

.....
Katholisches Dekanat Wetterau Ost - Dekan Wolfram Schmidt

.....
Katholisches Dekanat Wetterau West - Dekan Stefan Wanske

.....
NABU Kreisverband - Dr. Doris Jensch

.....
Naturschutzbeirat Wetteraukreis - Josef Tiefenbach

.....
Regionalbauernverband „Wetterau-Frankfurt a.M. e.V. - Andrea Rahn-Farr

.....
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Ortsgruppe Nidda

Hintergrundinformation:

In folgenden Gesetzen und Übereinkommen ist der Schutz von Böden vor Überbauung festgehalten:

- Hessisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Altlastensanierung in der neuesten Fassung vom 27. September 2012: § 1 Dies beinhaltet insbesondere [...] 3. einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden, unter anderem durch Begrenzung der Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß, [...]. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) in der neuesten Fassung vom 31. August 2015
§ 4 Pflichten zur Gefahrenabwehr
(1) Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden.
- § 1a Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Grundsätze nach den Sätzen 1 und 2 sind in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können.
- Bundesnaturschutzgesetz in der neuesten Fassung vom 6. August 2009:
§15 (1) Der Verursacher eines Eingriffs ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. [...]
- Koalitionsvertrag zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtags 2014-2019:
Boden- und Flächenschutz
Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu senken und die Ziele der Nachhaltigkeitskonferenz ehrgeizig weiterzuentwickeln. Zum Erhalt dieser natürlichen Lebensgrundlagen setzen wir uns für die schonende, effiziente Nutzung von Flächen und Böden ein. Deshalb werden wir einem übermäßigen Flächen- und Bodenverbrauch entgegenwirken. Daher wollen wir ein Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Hessen“ mit allen relevanten Akteuren gründen.
- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Neuauflage 2016, S. 159:
„Die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke soll [bundesweit] bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag begrenzt werden.“
(Anmerkung: in der „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ von 2002, seit 2004 alle 4 Jahre fortgeschrieben, war das Ziel noch, dies bis 2020 zu erreichen! Dies ist bereits „verwässert“ worden, weil es nicht konsequent durchgesetzt wurde.)
- Und in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD für den Wetteraukreis heißt es: "Der nachhaltige Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Flächen und der Erhalt der wertvollen Wetterauer Böden sind für die Koalition wichtig".